

NEIN zu Euro-Bonds

Markus Ferber, MdEP
Vorsitzender der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Was sind Euro-Bonds?

Euro-Bonds sind gemeinsame europäische Staatsschulden der Mitglieder der Euro-Zone. Dabei bekommen über die gemeinsame Haftung finanzschwache Euro-Staaten ein Stück vom guten Ruf der solideren Euro-Staaten ab. Über Euro-Bonds können sich die schwächeren Staaten günstiger verschulden als mit ihren eigenen Anleihen.

Kein Anreiz zum Sparen

Die aktuelle Krise ist keine Eurokrise, sondern eine nationale Schuldenkrise. Euro-Bonds würden den Kampf gegen die zu hohe Staatsverschuldung einzelner Euro-Staaten erschweren. Denn Euro-Bonds erhöhen nicht den Druck auf Defizitstaaten, ihre Schulden zu senken, sondern ermuntern sie zu einer laxen Haushaltsführung und senken den Anreiz für eine solide Haushaltsführung. In der Konsequenz führen Euro-Bonds zu noch mehr Schulden statt zu einem strikten Defizitabbau.

Keine Aufweichung der Verantwortung

Jeder Euro-Staat muss für seine Schulden gerade stehen. Diese Verantwortung darf nicht aufgeweicht werden. Kredite für notleidende Länder gegen harte Sparauflagen, so wie es das Konzept des Rettungsschirms vorsieht, ist der einzige Weg, die Schulden zu reduzieren. Und das ist ja das eigentliche Ziel. Wenn vorübergehend Finanzhilfen notwendig sind, um die Zahlungsunfähigkeit eines Landes zu verhindern, dann nur gegen harte Sparauflagen.

Kein Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise

Euro-Bonds sind nicht die Lösung der ursächlichen Probleme der Schuldenkrise. Die gravierenden Unterschiede in der Wettbewerbspolitik zwischen den Euro-Ländern ist die Wurzel der Misere. Deswegen müssen wir die Krise auch dort an der Wurzel anpacken und die Wettbewerbsfähigkeit der Länder steigern, den eigenverantwortlichen Schuldenabbau in den Euro-Staaten vorantreiben, die Bereitschaft zu tiefgreifenden Reformen einfordern sowie die strikte Einhaltung des neuen Stabilitäts- und Wachstumspakts abverlangen.

Schulden werden anonymisiert

Für die gemeinsamen Euro-Anleihen würden alle Euro-Staaten garantieren und die Kreditwürdigkeit der einzelnen Staaten würde bei der Höhe der Zinsen keine Rolle mehr spielen. Mit Euro-Bonds werden die Schulden der Mitgliedstaaten europäisiert und damit anonymisiert, damit werden die Probleme nicht gelöst, sondern nur verlagert. Gerade die Länder die dringend eine nachhaltige Finanzpolitik und eine strenge Überwachung nötig hätten, können mit Euro-Bonds künftig ganz anonym Schulden machen.

Schwierige Umsetzung

Für die Einführung von Euro-Bonds müssen die EU-Verträge geändert werden. Denn Euro-Bonds würden sowohl gegen Art. 125 EU-Vertrag als auch gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen. Euro-Bonds würden tief in die nationalen Haushaltsrechte der Mitgliedstaaten eingreifen. Bei einer Einführung von Euro-Bonds müssten die Staaten ihre Souveränität in der Finanzpolitik endgültig aufgeben. Dies würde einen zähen Kampf und langen Streit nach sich ziehen. Der Gewinner in dieser Zeit wäre mit Sicherheit nicht die Stabilität der Europäischen Union.

Alle Euro-Staaten müssten die Einführung von Euro-Bonds durch die nationalen Parlamente bzw. durch eine Volksabstimmung ratifizieren lassen. Ein Scheitern in einigen Euro-Staaten ist durchaus wahrscheinlich. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht bereits im Urteil zur Griechenland-Hilfe und zum Rettungsschirm klargestellt, dass es mit der Budgethoheit des Bundestages nicht zu vereinbaren wäre, wenn es zur "direkten oder indirekten Vergemeinschaftung von Staatsschulden" in der EU käme.

Euro-Bonds treiben die Zinsen in die Höhe

Euro-Bonds würden zudem zu gleichen Zinssätzen in der gesamten Euro-Zone führen. Der deutsche Steuerzahler müsste also höhere Zinsen zahlen. Unterm Strich entsprächen das Mehrkosten von rund 20 Milliarden Euro pro 1%-Zinsanstieg. Damit müssten andere Ausgaben aus dem Bundeshaushalt eingespart werden oder im Gegenzug die Steuern erhöht und somit dem deutschen Steuerzahler nochmals in die Tasche gegriffen werden.